

Eine Schutzwehr gegen den Kommunismus

Deggendorfer Geschichte (43) – Die Revolution von 1918/19

Nach über vier Jahren Krieg musste die Oberste Heeresleitung die deutsche Niederlage eingestehen. Eine von der Reichstagsmehrheit getragene Regierung sollte die Verantwortung für die Waffenstillstandsverhandlung, den Zusammenbruch und den Friedensschluss übernehmen. Als sich Anfang November 1918 Matrosen in Wilhelmshaven weigerten, für eine letzte militärisch sinnlose Seeschlacht ihr Leben zu riskieren, kam es zu Massenkundgebungen und zur Bildung von "Soldatenräten". Spontan breitete sich diese revolutionäre Bewegung in Deutschland aus: Am 7. November stürzte in München als erste Dynastie, die der Wittelsbacher, zwei Tage später erreichte die Revolution Berlin, Scheidemann von der SPD rief die deutsche Republik aus, die Macht ging auf die Arbeiter- und Soldatenräte über. Mit diesem Namen erinnerte man an die "Sowjets" der russischen Oktoberrevolution, auch wenn nur einige linksradikalen Gruppen, z.B. die Spartakisten, in der Sowjetunion ihr Vorbild sahen. In Deutschland suchte man, die Revolution so bald wie möglich zu beenden und eine stabile demokratischen Republik zu schaffen.

Dies zeigt sich auch bei den revolutionären Vorgängen im Landkreis Deggendorf. Am 10. November kamen an die 1000 Menschen im Schwarzmannsaal in der Pfluggasse zusammen; hier konstituierte sich für Deggendorf ein Arbeiter- und Soldatenrat; das gleiche geschah in Plattling und Hengersberg. Einige Tage später kamen noch ein Bauernrat und der "Rat geistiger Arbeiter" hinzu. Vorsitzende waren in Deggendorf Gustav Hekscher (Arbeiterrat), der Gefreite Betz (Soldatenrat) und der Guts- und Bierbrauereibesitzer Josef Streibl aus Hengerberg, der Grossvater des späteren bayerischen Ministerpräsidenten. Die Räte führten ihre Geschäfte im Gasthaus "Bayerischen Hof" und waren unter Telephon 105 zu erreichen. Streibls Wahl allein zeigt, wie wenig "revolutionär" die Revolution in Wirklichkeit war: es ging um die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung, die geordnete Rückführung der Soldaten, die Einführung des achtstündigen Arbeitstages, um Arbeitsplatzbeschaffung (z.B. die "Tieferlegung der Hengersberger Straße"), die Verteilung von Nahrungsmitteln, Brennholz oder Petroleum "an die Stadtarmen" oder um die Bestrafung von Wucherern. So trat man am 13. November in der Presse "den unsinnigsten Gerüchten, welche von gewissenlosen, verbrecherischen Menschen ausgestreut werden" entgegen: Angeblich hätten die Räte in Regensburg die städtische Sparkasse gesperrt und die Einladen beschlagnahmt. Das Gegenteil war der Fall, "denn die geordnete Abwicklung des Geschäftslebens gehört mit in erster Linie zu einem richtig geleiteten Staatswesen". Am 20. November rief man zu Spenden für den "Demobilisationsfond" auf, am 21. Dezember wurden 66 Stück Militärpferde versteigert; die Bezahlung konnte durch alte Kriegsanleihen erfolgen. Die Gefahren, die durch die Demobilisierung entstanden, z.B. von Freikorps, die durch ehemalige Soldaten gegründet wurden, begegnete der Stadtmagistrat, den es neben den Räten immer noch gab, mit der Errichtung einer Bürgerwehr. Die "Kameraden vom bayerischen Grenzschutz" wurden aufgerufen, auf ihrem Posten auszuhalten, bis die grosse Gefahr überwunden sei: "Viele Tausende ungeordneter Flüchtlinge und Soldaten aus Tirol und tschechische Banden aus Böhmen drängen gegen unsere Grenzen und wollen unser Bayernland überschwemmen. Hungersnot, Raub und Plünderung wäre die Folge...". Die Wahlen zur verfassungsgebenden Deutschen Nationalversammlung am 19. Januar 1919 gingen auch im Wahlkreis 25 (Niederbayern und Oberpfalz) ruhig vorbei, doch dann radikalisierte sich die Situation: Der

Spartakusaufstand und die Räterepublik führten zu Wochen des politischen Chaos und blutiger Auseinandersetzungen in München. Am 14. April fand vor dem Deggendorfer Rathaus eine "Volksversammlung" unter Leitung des Arbeiterrates August Heckscher für oder gegen die Räterepublik statt. Trotz anhaltenden Regenwetters waren über 3000 Menschen gekommen, und bis auf 4-5 Anwesende standen alle "auf dem Boden der rechtmässigen Regierung Hoffmann". In Plattling wurde Landessoldatenrat Huber, als "Roter" in Schutzhaft genommen und die Sanierungsanstalt von Regierungstruppen besetzt. Am 23. April rief ein Plakat in Deggendorf alle waffenfähigen Männer "aus allen Kreisen, jeden Alters und jeden Standes" auf, der Schutzwehr beizutreten: "Der Kommunismus schreckt nicht zurück vor dem Blute unschuldiger Arbeiter und Bürger. Spartakus will auch den Bewohnern des flachen Landes die Schreckensherrschaft aufzwingen...Das Gespenst blutiger Anarchie wäre nicht mehr zu bannen. Diese furchtbare Geißel von Deggendorf abzuwenden, soll der Zweck der Schutzwehr sein". Wenige Tage später waren hatten sich schon 400 Männer gemeldet. In Bayern wurde der Kriegszustand ausgerufen und das Standrecht angeordnet. Deggendorf atmete auf, als am 6. Mai die "Befreiung Münchens" bekanntgegeben wurde. Vorher waren Geiseln erschossen worden und die "weißen" Freikorps rächten sich auf gleich barbarische Weise. Im Juni wurde vor dem "Volksgericht Deggendorf" sechs Mitglieder des Viechtacher Volksrates angeklagt, die sich im April zur Räterepublik bekannt hatten, darunter ein Rechtsanwalt und ein Feilenhauermeister. Alle Angeklagten wurden freigesprochen. Man kehrte wieder zur Normalität zurück. Nur noch der Maiaufmarsch im gleichen Jahr erinnerte an die gescheiterte Revolution. Er wurde von August Heckscher angeführt.

Johannes Molitor